

Pressemitteilung

Magdeburg, den 29.04.2020



Neustart nach der Corona-Krise Baugewerbe fordert 3-Punkte-Plan zur Sicherung der Investitionsbereitschaft:

Konjunkturpaket für Kommunen | erhöhte Abschreibungen im Mietwohnungsbau | Weiterführung des Baukindergeldes

Magdeburg. Der Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt fordert mit Blick auf den wirtschaftlichen Neustart im Zuge der Corona-Krise gezielte Impulse zur Sicherung und Reaktivierung der Investitionsbereitschaft. Dazu gehören ein Konjunkturpaket für Kommunen, die Fortsetzung der erhöhten Abschreibungen im Mietwohnungsbau sowie die Weiterführung des Baukindergeldes.

Obgleich der Baustellenbetrieb trotz Corona-Krise seit Mitte März weiterläuft, zeichnet sich auch für die Bauwirtschaft ein deutlicher Auftragsrückgang für das zweite Halbjahr 2020 ab – und zwar in allen Sparten. Dafür gibt es mehrere Gründe: Der bislang sehr umsatzstarke Wirtschaftsbau wurde 2019 vor allem durch Impulse aus dem Dienstleistungsbereich und dem Handel getragen. Infolge des Lock-Downs werden aber zwischenzeitlich viele Investitionen im Wirtschaftsbau storniert oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Außerdem brechen den Kommunen als wichtigsten öffentlichen Auftraggeber zunehmend die Gewerbesteuer sowie Einnahmen und Gebühren aus kommunalen Betrieben weg. Dies wird die Investitionsbereitschaft von Städten und Gemeinden in den kommenden Monaten erheblich einschränken. Und auch im Wohnungsbau ist unklar, wie private Investoren im Eigenheimbau auf die Situation am Arbeitsmarkt reagieren und inwieweit sich institutionelle Anleger, auch angesichts der benötigten Finanzierungsmittel, noch nachhaltig zu ihren Projekten bekennen.

Deshalb regt der Baugewerbe-Verband einen konkreten 3-Punkte-Plan an, um die Investitionsbereitschaft für dringende Baumaßnahmen sicherzustellen:

1. Ein Konjunkturpaket für Kommunen zur Sicherung der Investitionen. Nur so können wichtige Sanierungsmaßnahmen in Schulen, Kindereinrichtungen und der kommunalen Infrastruktur weiter vorangetrieben werden. Bereits in der Finanzkrise 2008/2009 haben die Konjunkturpakete I und II wirksam kommunale Investitionsvorhaben gestützt. Dieses Modell könnte als Mustervorlage für ein aktuelles Investitionsprogramm dienen.
2. Eine Fortsetzung der erhöhten Abschreibungen im Mietwohnungsbau bzw. einen Übergang zur erhöhten linearen Abschreibung von 2% auf 4% nach dem Auslaufen der derzeit bis 2021 befristeten Regelungen. Die erhöhte Abschreibung ist sachgerecht und forciert den Bau von Mietwohnungen.
3. Eine Weiterführung des Baukindergeldes zum Erwerb von Wohneigentum über 2020 hinaus. Die dynamische Nachfrage und die Auswertungen der KfW zeigen, dass dadurch vor allem junge Familien beim Eigenheimerwerb unterstützt werden.



Giso Töpfer, Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-Verbandes Sachsen-Anhalt, versteht den 3-Punkte-Plan nicht als eine Art Rettungsschirm, sondern als wichtigen Anreiz, um die Konjunktur rasch wieder in Schwung zu bringen: „Gerade in Krisenzeiten hat sich unsere Branche als wichtiger Stabilitätsanker der Wirtschaft bewährt. Schließlich zieht jeder in die kommunale Infrastruktur investierter Euro Folgeinvestitionen von drei bis vier Euro nach sich und sichert somit Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Außerdem erhalten Land und Kommunen bei all ihren Bauinvestitionen einen krisenfesten Gegenwert. Dieser Logik und dieser Verantwortung sollte sich die öffentliche Hand stellen.“

RA Giso Töpfer
Hauptgeschäftsführer